



#dieschmidt

der newsletter

15.01.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

ich hoffe, dass alle gut ins neue Jahr gestartet sind und wünsche allen ein - vor allem gesundheitlich - gutes Jahr 2021.

Ich bin ausgesprochen froh darüber, dass Hubertus Heil in dieser Woche einen Entwurf zur Reform der Grundsicherung vorgelegt hat. Dies ist ein weiterer großer Schritt zur Umsetzung unserer Vision von einem modernen Sozialstaat. Ich habe in meiner Rede gestern nochmal die Perspektive für einen sozialdemokratischen Sozialstaat deutlich gemacht: Wir wollen eine Kindergrundsicherung, denn **Kinder haben in einem System für Arbeitslose nichts - aber auch gar nichts - verloren**. Wir wollen einen Sozialstaat als Partner, der alle individuell unterstützt. Wir wollen ein Recht auf Arbeit, damit alle, die arbeiten wollen, auch gut arbeiten können. Und wir wollen einen Bürgerservice, der alle Leistungen bündelt. Ich bin gespannt auf die Auseinandersetzung und was die CDU hierzu anbieten wird. ([Hier geht es zu meiner Rede](#))

In der kommenden Woche wird Joe Biden in das Amt des Präsidenten der USA eingeführt. Die aktuell chaotischen Zustände gipfeln im Sturm von Rechtsradikalen und bewaffneten Gruppen auf das Herz der amerikanischen Demokratie, das Kapitol. Donald Trump hat dies mit seiner Rhetorik und der Ablehnung von demokratischen Grundsätzen ausgelöst.

Und obwohl dies auf den ersten Blick weit weg erscheint, gibt es auch in Deutschland immer wieder Angriffe von Rechtsaußen auf unsere Demokratie, wie beispielsweise auf den Reichstag und uns Abgeordnete im Zuge der Gesetzgebung zur Pandemiebekämpfung. Wir stellen uns immer Hass und Hetze entgegen. **Gemeinsam mit allen Demokratinnen und Demokraten verteidigen wir unsere offene, freie und demokratische Gesellschaft.**

Die Fallzahlen der Corona-Neuinfektionen (**Aktuelle Inzidenz im LDK: 135,73**) sind weiterhin viel zu hoch. Für uns alle ist es eine schwere Zeit. Es macht aber einen Unterschied, ob das Gehalt in der Pandemie weitergezahlt wird oder das eigene Geschäft gerade keinen Umsatz macht. Es macht einen Unterschied, ob man sozial abgesichert ist oder mit weniger Geld auskommen muss und sich Sorgen um die eigene Zukunft macht. Wir alle sind verunsichert. Viele spüren Angst und sind auch wütend. Manche leugnen die Gefährlichkeit des Virus, andere sind in Panik. Viele trauen sich nicht mehr aus dem Haus, andere sind sorglos. Auch die nächsten Wochen werden anstrengend und für uns alle belastend. Dies trifft vor allem Kinder. Ich bedauere es sehr, dass die hessische Landesregierung nicht schon die Sommerferien genutzt hat, eine längst überfällige Strategie für die Beschulung aufzustellen, sodass sich Eltern und Schulen auf ein verlässliches Wechselmodell einstellen hätten können. So werden Eltern, Schülerinnen und Schüler und die Schulen weiter alleingelassen.

Ich danke allen, die die aktuellen Belastungen auf sich nehmen. Mit dem Beginn der Impfungen können wir alle darauf hoffen, dass sich viele Dinge in der zweiten Jahreshälfte wieder normalisieren werden. Bis dahin müssen wir weiterhin solidarisch die Menschen, die besonders gefährdet sind, schützen und achtsam sein.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Für längeres Kinderkrankentagegeld



Am Mittwoch hat die Bundesregierung beschlossen, dass das Kinderkrankentagegeld ausgeweitet wird. Viele Familien können ihre Kinder aktuell nicht in die Schule oder in die Kindertagesstätte bringen. Das bringt viele Herausforderungen mit sich und kann auch zu existenzbedrohenden Zuständen führen. Deshalb verdoppeln wir die Anzahl der Arbeitstage, für die Kinderkrankengeld bezogen werden kann, von 10 auf 20 und für Alleinerziehende von 20 auf 40 Tage. Zudem müssen, um einen Anspruch geltend zu machen, Kinder nicht mehr krank sein. Als Grund reicht aus, dass durch Maßnahmen, wie zum Beispiel Schließungen, Kinder die Einrichtungen nicht besuchen können. In der Regel beträgt das Kinderkrankengeld 90 Prozent des ausgefallenen Nettolohns des jeweiligen Elternteils.

Für mehr Einkommen



Seit dem 01.01.2021 sind zahlreiche Maßnahmen in Kraft getreten. Mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlags für 90 Prozent aller Einkommen und der Erhöhung des Kindergelds stärken wir vor allem Familien mit kleinen oder mittleren Einkommen. Mit der Erhöhung der steuerlichen Freibeträge für Angehörige von Pflegebedürftigen, für ehrenamtlich Tätige und mit der Absetzbarkeit von Kosten des Homeoffice verbessern wir zudem die Einkommen durch steuerliche Entlastungen. Alleinerziehende stehen häufig unter besonderem finanziellen Druck. Mit dem Konjunkturpaket haben wir im letzten Jahr den Entlastungsbeitrag für sie von 1908 auf 4008 Euro mehr als verdoppelt. Die zeitliche Befristung dieser Maßnahme haben wir nun aufgehoben, sodass Alleinerziehende dauerhaft von dieser Entlastung profitieren.

Novemberhilfen müssen endlich fließen



Viele Betriebe, die von den Schließungen betroffen sind, kommen in eine existenzbedrohliche Lage. Deshalb haben wir, allen voran Olaf Scholz, mit den Überbrückungshilfen und den November- und Dezemberhilfen, breite Unterstützungen beschlossen, um Unternehmen zu unterstützen. Denn niemand kann etwas für die Pandemie und deshalb muss unser Staat allen helfen, bestmöglich durch die Krise zu kommen. Obwohl das Geld längst bereitgestellt wurde, hakt es leider noch bei der Bearbeitung der Anträge und der Auszahlung der Hilfen.

Denn: Anfangs wollten die Bundesländer die Auszahlung selbst übernehmen, danach sollte sich der Bund darum kümmern. Doch die technischen Wünsche der Länder haben die Auszahlung der Hilfen in manchen Bundesländern verzögert. Deshalb muss Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier jetzt dringend dafür sorgen, dass das Geld schnellstmöglich bei den Menschen ankommt. Wir werden nicht locker lassen, bis alle versprochenen Hilfen dort angekommen sind, wo sie gebraucht werden.

Längere Zeit für Steuererklärungen



Steuerberaterinnen und Steuerberater leisten derzeit unglaublich viel, denn damit die Anträge zu Wirtschaftshilfen gestellt werden können, müssen externe Beratungsunternehmen die Anträge für die Unternehmen stellen. Damit diese nicht in den Konflikt kommen, Wirtschaftshilfen auf der einen Seite und Steuererklärungen auf der anderen Seite fristgerecht abgeben zu müssen, haben wir die Frist für die Abgabe von Steuererklärungen für das Jahr 2019 verlängert. Die längere Bearbeitungszeit wird auch ohne Antrag und ohne Verspätungszuschläge oder Zinsen gewährt.

Impfstrategie Konkret



Der Start der Impfungen ist der Wendepunkt der Pandemie. Genau deshalb dürfen wir jetzt keine Zeit verlieren. Eine Impfpflicht wird es nicht geben, das haben wir von Anfang an klargestellt. Dennoch setze ich auf die Solidarität von allen, denn umso schneller und umso mehr Menschen wir impfen, umso weniger Menschen müssen noch sterben und umso schneller können wir Regelungen wieder lockern. Auf unsere Kritik der letzten Woche wurde reagiert und es wurden weitere Impfdosen nachbestellt. Besonders erfreulich ist, dass das Mainzer Unternehmen BioNTech in Marburg eine große Impfstoffproduktionsanlage in Betrieb nehmen wird.

Seit Dienstag können sich alle Menschen der ersten Impfgruppe zu einem individuellen Impftermin anmelden. Die Impfung selbst findet leider vorerst in nur 6 regionalen Impfzentren in ganz Hessen statt. Für den Lahn-Dill-Kreis ist dies das Impfzentrum des Landkreises Gießen in Heuchelheim. Das Land muss schnellstmöglich dafür sorgen, dass alle Impfzentren in Betrieb genommen werden, damit der ländliche Raum nicht weiterhin vernachlässigt wird. Die Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis arbeiten aktuell daran, Fahrdienste für ältere Menschen zu organisieren. In Solms gibt es seit dieser Woche ein solches Angebot. Auch in Wetzlar wird dies in naher Zukunft angeboten. Sobald es weitere konkrete Angebote gibt, informiere ich wie gewohnt in meinem Newsletter darüber.

Alle entsprechenden Personen der ersten Impfgruppe, das sind vor allem alle Menschen, die über 80 Jahre alt sind, wurden vom Land Hessen postalisch angeschrieben. Die Anmeldung kann unter der **Nummer 116117 oder 0611 505 92 888 geschehen**. Das Land Hessen muss schnellstens dafür Sorge tragen, dass diese Hotlines auch entsprechend funktionieren. Denn es gibt nichts schlimmeres, als stundenlang in Warteschleifen zu hängen und keine wirkliche Hilfe zu bekommen - vor allem für ältere Menschen.